

## Meiereipläne gestoppt

**D**ie Meierei/Käsefabrik wollte nach dem Abriss von zwei Häusern auf zugekauften Grundstücken in der Gebrüderstraße die betroffenen Flächen als Parkplätze für ihre Mitarbeiter nutzen. Die Parkplätze sollten rund um die Uhr auch von den Mitarbeitern der Nachtschicht angefahren werden können. In der Bauausschusssitzung vom 20. Januar wurde der Antrag beraten, aber nur von den Vertretern der CDU unterstützt. Alle anderen Ausschussvertreter\*innen stimmten dagegen. Sie stellten sich damit an die Seite der Anwohner\*innen der Gebrüderstraße, die vor allem in den Nachtstunden durch zukünftiges Autotürenlärm und das An- und Abfahren belastet worden wären.

### Schwimmen im Hallenbad teilweise erheblich teurer

**D**er Werkausschuss beschloss mit den Stimmen von FWB, SPD und Grünen eine Erhöhung der Schwimmpreise. Das Normalticket für die Halle wurde von 5,50 Euro auf 6,00 Euro, für Kinder von 3,50 Euro auf 4,00 Euro erhöht. Das Ticket für Fitnesskurse steigt um einen Euro auf sieben Euro. Massiv ist die Erhöhung der Preise für Schwimmkurse: Der Anfängerschwimmkurs steigt von 123,- auf 149,- Euro (+21 %), der Bronzekurs von 79,- auf 99,- Euro (+25%). Die BALL-Vertreter lehnten vor allem die hohen Preise für Schwimmkurse ab und regten an, dass die Stadt das Schwimmenlernen so fördert, dass bis zum Ende der Grundschule möglichst jedes Kind mindestens das Bronze-Abzeichen erreicht.



### Abwasserbühren: +20%

**M**al so eben mit der Gebührenabrechnung 2024 flatterten den Haushalten vom Abwasserzweckverband AZV die Gebührenerhöhungen für Schmutzwasser von 1,55 Euro pro m<sup>2</sup> auf 1,86 Euro pro m<sup>2</sup> (+20 %) und für Regenwasser von 0,51 Euro pro m<sup>2</sup> auf 0,63 Euro/m<sup>2</sup> ins Haus. Letztere Erhöhung um 24 % wurde als „moderat“ bezeichnet. Die Erhöhung der Regenwassergebühr wird u. a. mit den Sanierungskosten für das Regenrückhaltebecken am Küsterkamp und dem Krückauseitengraben sowie mit Überwachungsmaßnahmen begründet. Ein unbekannter, jedoch vermutlich nicht zu kleiner Anteil der Sanierungskosten geht auf die Einleitung von Meiereiabwässern in das Regenwassernetz zurück.

### Werkausschuss im März:

## BALL fordert gerechte Wasserpreise

**E**s ist in Barmstedt jahrelange Praxis – nicht zuletzt auch durch das Wirken der BALL, dass die Stadtwerke den Wasserpreis ohne Gewinnaufschlag nur kostendeckend kalkulieren. Dadurch sind die Wasserpreise für Haushaltskunden im Vergleich zu sieben anderen Stadtwerken in der Umgebung die niedrigsten oder zweitniedrigsten.

In diesem Jahr investieren die Stadtwerke rund drei Mio. Euro im Wasserwerk und in die Sanierung von Wasserleitungen, so dass zur Kostendeckung eine Anhebung des Wasserpreises im Werkausschuss am 12. März auf der Tagesordnung stand. Der Verbrauchspreis sollte von 1,69 Euro pro Kubikmeter (m<sup>3</sup>) auf 1,90 Euro pro m<sup>3</sup> einschl. Mehrwertsteuer steigen.

Die BALL-Vertreter im Werkausschuss forderten eine gerechte Berechnung des Verbrauchspreises: In Barmstedt werden rund 700.000 m<sup>3</sup> Wasser im Jahr verbraucht. Davon



entfallen auf Haushaltskunden rund 510.000 m<sup>3</sup> und auf Großverbraucher wie z. B. die Meierei/Käsefabrik rund 190.000 m<sup>3</sup>. Da insgesamt rund 1.139.500 Euro an Kosten auf 700.000m<sup>3</sup> Verbrauch umzulegen waren, ergäbe sich eigentlich ein einheitlicher Verbrauchspreis für Haushaltskunden und Großver-

braucher von 1,63 Euro pro m<sup>3</sup> netto bzw. 1,74 Euro pro m<sup>3</sup> mit MwSt.. Das wäre nur eine Erhöhung um 5 Cent. Da jedoch Großverbraucher mit Sonderverträgen viel weniger pro m<sup>3</sup> als Haushaltskunden zahlen, zahlen letztere entsprechend mehr. Konkret: Statt 1,74 Euro pro m<sup>3</sup> brutto jetzt 1,90 Euro

pro m<sup>3</sup>. Oder: Um rund 81.600 Euro könnten die Haushaltskunden im Jahr entlastet werden, wenn Haushaltskunden und Großverbraucher den gleichen Preis zahlten.

Die BALL beantragte im Werkausschuss demzufolge, dass für Haushaltskunden und Großverbraucher/Sonderkunden einheit-

liche Wasserpreise berechnet werden. „Eigentlich müssten, weil Wasser ein kostbares Gut ist, die Preise bei sehr hohem Verbrauch nach oben gehen. Das Mindeste aber wäre es, dass Großverbraucher den gleichen Preis wie Haushaltskunden zahlen. Es kann nicht sein, dass zur Kostendeckung Normalverbraucher und Menschen mit geringem Einkommen faktisch pro m<sup>3</sup> mehr bezahlen müssen, weil Großverbraucher wie z. B. die Meierei/Käsefabrik pro m<sup>3</sup> sehr viel weniger bezahlen“, so BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel im Werkausschuss. CDU, FWB und SPD wollten jedoch die Normalverbraucher nicht entlasten, und so lehnten sie den BALL-Antrag ab.

Anschließend beschlossen CDU, FWB, SPD und GRÜNE die Erhöhung der Wasserpreise für Haushaltskunden auf 1,90 Euro pro m<sup>3</sup> sowie die Erhöhung der Grundgebühren zum 1. Juli 2025. Für Haushalte mit geringem Verbrauch bis 40 m<sup>3</sup> bedeutet dies insgesamt eine Erhöhung von 20 % für den Grund- und Verbrauchspreis, für Haushalte mit 100 m<sup>3</sup> Verbrauch um 16 %. Die beiden BALL-Vertreter lehnten dies ab.

### Milliardenschwere Kriegsvorbereitungen wurden beschlossen

## Startschuss für hemmungslose Schuldenmacherei

**D**er Bundestag hat am 18. März dem hunderte Milliarden schweren Schuldenpaket von CDU/CSU und SPD zugestimmt. Nach mehr als drei Stunden Debatte stand schließlich eine Mehrheit. Mit 513 gegen 207 Stimmen ohne Enthaltungen wurden damit Änderungen des Grundgesetzes verabschiedet, um zusätzliche Schulden in Milliardenhöhe aufzunehmen. Die erforderliche Zweidrittelmehrheit lag bei 489 Stimmen.

Die Änderungen ermächtigen zukünftige Regierungsfractionen dazu, mit einfacher Mehrheit Neuverschuldungen insbesondere für Militärausgaben in Billionenhöhe zu beschließen. Für „Verteidigungs“-Zwecke oberhalb von einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts besteht jetzt keine Schuldenbremse mehr.

Obwohl die NATO-Staaten Russland in fast allen militäri-



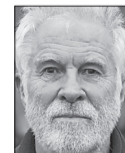
schen Bereichen weit überlegen sind, selbst die europäischen NATO-Staaten für sich genommen liegen in Militärausgaben, Truppenstärke und Großwaffensystemen vor Russland. (siehe Greepeace-Studie vom renomierten Friedensforscher Prof. Dr. Herbert Wulf / einzusehen unter [https:// greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich\\_NATO-Russland.pdf](https://greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf))

Vom Bundestag wurde außerdem am 18. März ein Sondervermögen in Höhe von 500 Milliarden Euro zur „Sanierung der Infrastruktur“ beschlossen. Dazu gehören marode Brücken, Straßen und Schienen, die für militärische Schwertransporte benötigt werden sowie die Vorbereitung und Ausstattung wichtiger Krankenhäuser auf einen möglichen Kriegsfall. „In

Bayern hat die Landesregierung bereits die Kliniken gebeten, Auskunft über den Stand ihrer Alarm- und Einsatzplanung für den Ernstfall zu geben. Die Hilfsorganisationen seien zudem dabei, Pflegeunterstützungskräfte auszubilden, die dem Pflegepersonal im Ernstfall zur Hand gehen können.“ (Zeitonline 17. März 2025) Weitere 100 Milliarden Euro erhalten die Bundesländer. Zusammen mit den Antragstellern CDU/CSU und SPD stimmten Bündnis 90/Die Grünen für das beispiellose Hochfahren der Staatsverschuldung.

Für die Abstimmung über die Milliardenprogramme wurde der Bundestag noch einmal in seiner alten Besetzung einberufen. Der am 23. Februar neu gewählte Bundestag wird erst Ende März zu seiner konstituierenden Sitzung zusammenkommen. CDU/CSU und SPD wollten ihr Finanzpaket noch

vorher, „also auf den letzten Drücker“, in einer Sondersitzung des Bundestages durchbringen. Grund dafür ist auch, dass im neu gewählten Parlament AfD und Linke zusammen mehr als ein Drittel der Stimmen und damit eine Sperrminorität haben und somit das Aufrüstungsprogramm hätten stoppen können.



**Helmut Welk**  
Vorsitzender  
der Barmstedter Linken  
Liste

Die Friedensbewegung geht davon aus, dass die Menschen heute sowie die der kommenden Generationen diese Gelder durch einen hemmungslosen Sozialabbau, durch eine wachsende Inflation und womöglich in einem großen Krieg „zurückzahlen“.

## Ausreichend Kindergartenplätze

# Rechtsanspruch bisher nicht umgesetzt

Seit 1996 gilt in Deutschland der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für jedes Kind im Alter vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt. Seit dem 1. August 2013 gilt der Rechtsanspruch auf frühkindliche Förderung in einer Tageseinrichtung oder in Kindertagespflege bereits ab dem vollendeten ersten Lebensjahr. Mit der Umsetzung dieses Rechtsanspruchs hapert es jedoch gewaltig. Nach einer neueren Erhebung fehlten im Jahr 2023 weiterhin 384.000 Kitaplätze sowie 125.000 Erzieher\*innen.

„Diese Krise hat längst Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft: Eltern können nicht arbeiten, die frühkindliche Bildung wird vernachlässigt, Unternehmen verlieren Fachkräfte, die Wirtschaft leidet. Kitas sind systemrelevant und sollten deshalb von der Politik endlich ernst genommen werden.“ (Petition KITA-Reform jetzt! change.org) „Die größte Hürde auf dem Weg zu genügend Plätzen und mehr Qualität in der frühkindlichen



Bildung ist und bleibt der enorme Fachkräftemangel. Hier gibt es weiterhin zu wenig Ausbildungsplätze für das pädagogische Personal. Es muss jetzt sehr schnell gelingen, viel mehr Personen für das Berufsfeld zu gewinnen. Damit steigen auch die Chancen, dass sich mehr Menschen für die Arbeit in einer Kita entscheiden, und zugleich die vorhandenen Fachkräfte im Beruf verbleiben.“ (Anette Stein, Expertin für frühkindliche

Bildung der Bertelsmann-Stiftung) Damit mittelfristig eine bessere Personalausstattung möglich ist, braucht es eine verbindliche Strategie, wie zukünftig mehr und qualifiziertes Personal hinzukommen wird. Ansonsten verlieren die Kitas ihre Attraktivität als Arbeitsplatz und können ihren Bildungsauftrag nicht mehr erfüllen. (Bertelsmann Stiftung)

Am 1. Januar 2025 ist das neue Kitareformgesetz der

CDU/Grünen-Landesregierung in Kraft getreten, in dem die finanziellen „Zuständigkeiten“ neu geregelt werden. So werden Standards im Sachkostenbereich stärker auf die Städte und Gemeinden übertragen, was im Landeshaushalt zu Einsparungen von insgesamt bis zu ca. 50 Millionen Euro führen soll. Des Weiteren wurde der Personalschlüssel gesenkt – bisher wurden auch mehr als zwei Fachkräfte für 20 Kinder finanziert, aktuell werden nur noch anderthalb bis zwei Fachkräfte pro Gruppe finanziert. Es ist zu befürchten, dass zukünftig die Kindergartenbeiträge angehoben werden und angesichts der höheren Belastung sich zunehmend Erzieher\*innen beruflich umorientieren und damit die schon jetzt prekäre Lage sich weiter zuspitzt.



Katharina Schwietering  
Ausschuss für Jugend und Soziales

## Lärmaktionsplan für Barmstedt

# Erst einmal für die Schublade?

Es mag für die Anwohner der vielbefahrenen Straßen in Barmstedt wie Hohn klingen, aber Ende Februar winkte die Stadtvertretung erneut den Lärmaktionsplan durch, ohne konkrete Maßnahmen zu beschließen oder auch nur auf eine Verbindlichkeit der bestehenden Maßnahmen zu beharren.

Aufgrund der EU-Umgebungs-lärm-Richtlinie und dem Bundesimmissionschutzgesetz müssen Städte und Kommunen einen solchen Plan für alle Gebiete aufstellen, deren Lärmbelastung 50 Dezibel übersteigt. Dies betrifft nach veralteten Daten über 1000 Barmstedterinnen und Barmstedter, die unter solchem Verkehrslärm leiden müssen. Aktuell dürfte die Zahl der

noch weitere Gebiete vor zu starkem Lärm geschützt werden müssten. Aber ohne eine entsprechende Erhebung kann nur spekuliert werden.

gehen für fragwürdig, da weder die reale Belastung ermittelt wird, noch die Folgen des Lärms für die Bürgerinnen und Bürger ernst genommen werden. Maß-



Dennoch sah die Mehrheit der Stadtvertretung keinen Anlass, erneute Lärmmessungen durchzuführen. Auch die Verwaltung steht auf dem Standpunkt, dass man den alten Plan von 2020 nur leicht anpassen müsse, da sich Berechnungsgrundlagen geändert hätten. Außerdem sei dies eine Formalie, die aufgrund von Zeitmangel schnell erledigt werden müsse. Diese Tatenlosigkeit bemängelten Barmstedter Bürgerinnen und Bürger während der letzten Sitzung der Stadtvertretung.

Auch die BALL hält dieses Vor-

nahmen gegen Lärm wie z.B. Geschwindigkeitsreduzierungen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, Schaffung von Einbahnstraßen oder Radfahrstraßen usw. scheitern in der Regel daran, dass die betroffenen Straßen überwiegend Kreis- oder Landesstraßen sind, über deren Gestaltung die Stadt nicht bestimmen darf. Der Ausbau des Nahverkehrs liegt ebenfalls nicht in kommunaler Hand. So ist abzusehen, dass sich auch in den nächsten fünf Jahren – denn solange gelten die Pläne – nichts an der Lärmbelastung

zum Positiven ändern wird. Nur bei neuen Baugebieten werden Lärmschutzmaßnahmen ergriffen.

Dies ist besonders ärgerlich, weil seit Jahren Jugendliche um die Errichtung einer Skate-Anlage ringen. Bei jedem möglichen Standort werden Bedenken geäußert, dass Anwohner in ihrer Ruhe gestört werden könnten und deshalb sind bislang alle Vorschläge abgelehnt worden. Offensichtlich ist es zumutbar, dass über 1000 Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt täglich Verkehrslärm ertragen müssen, damit man zwei Minuten schneller durch das Stadtgebiet kommt. Unzumutbar scheint hingegen zu sein, dass Kinder und Jugendliche einem sportlichen Vergnügen nachgehen dürfen, wenn nur die Befürchtung geäußert wird, dass dabei Geräusche entstehen könnten.

Die EU und der Bund haben die Kommunen dazu aufgefordert, Lärmbelastungen ausfindig zu machen und Maßnahmen dagegen zu ergreifen, da Lärm Menschen erwiesenermaßen krank macht. Wie kann es da sein, dass Kreis und Land den Verkehrsfluss für wichtiger halten als die Gesundheit der Menschen? Die BALL fordert deshalb die Höchstgeschwindigkeit von 30km/h im gesamten Stadtgebiet und die Umsetzung aller Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Lärm-Grenzwerte nicht mehr überschritten werden.

## Erwartungen an unseren zukünftigen Bürgermeister

Am 11. Mai ist es soweit. Wir sind aufgerufen, einen neuen Bürgermeister zu wählen (bisher gibt es keine Kandidatin). Als BALL-Fraktion erwarten wir von dem zukünftigen Bürgermeister:

- Konsequente Umsetzung der Beschlüsse der Stadtvertretung
- Eigene Ideen zur Weiterentwicklung unserer Stadt
- Einsatz für eine wesentlich bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen gegenüber der Landesregierung und dem Kreis Pinneberg
- Austausch und Zusammenarbeit mit anderen Stadt- und Gemeindevorständen
- Intensive Kontakte zu den örtlichen Vereinen und Institutionen
- Hervorragende Führungsqualität. Das heißt auch eine gute Zusammenarbeit mit den Vertretungen der Beschäftigten im Rathaus
- Wir würden einen Beitritt zu den „Majors for peace“ (Bürgermeister für Frieden) begrüßen. Diese weltweit operierende Organisation hat sich der Friedensarbeit und dabei insbesondere der atomaren Abrüstung verschrieben.

Bei Redaktionsschluss dieser Zeitung waren uns drei Perso-

nen bekannt, die ihr Interesse bekundet haben.

■ Mit Mathias Grütz bewirbt sich ein alteingesessener Barmstedter um das Amt. Er ist seit Jahren Betreiber der „Kulturschusterei“.

■ Florian Rondenberg wurde von der SPD vorgeschlagen. Er hat langjährige Erfahrung als Jurist in verschiedenen Hamburger Senatsverwaltungen und Behörden.

■ Die CDU hat Sebastian Mettner nominiert. Er ist seit 2023 Mitglied der CDU. Die Arbeit als Chef einer Behörde ist für ihn nach eigenen Aussagen Neuland. Ob Sebastian Mettner die Anforderungen erfüllen wird, ist fraglich. Sein Einstand als neu gewählter Stadtvertreter der CDU bestand darin, den von der vorherigen Stadtvertretung gefassten Beschluss zum Neubau der Bücherei zu kippen. Demokratie geht anders.

Und noch eines sollte man beachten: Ernst-Reimer Sass (CDU) ist stellvertretender Bürgermeister und Ortwin Schmidt (CDU) der neue Bürgervorsteher. Wenn die CDU dann auch noch den Bürgermeister stellen sollte, kann man durchaus von zu viel Macht reden.

## Merz, Spahn und (Achtung!) Enpal

In diversen Bundestagsdebatten hat die CDU gegen das Heizungsgesetz der Regierung gewettert. Sie wollen – so ein Versprechen – den „Wärmepumpenquatsch“ zurücknehmen, wenn sie an der Regierung sind.

Auch in Barmstedt fanden sich wiederholt Werbeblätter dieser Firma in den Briefkästen und in der sh:z wird ebenfalls mas SHZ geworben..

Als wir im Herbst 2023 mit der Planung unserer Photovol-



Kurz darauf konnte man ein Foto sehen, auf dem Merz und Spahn zusammen mit Vertretern von Enpal vor einer Wärmepumpe stehen – mit Enpal-Caps und Daumen hoch. Der Anlass: Die Eröffnung der europaweit größten Wärmepumpen-Akademie. (Quelle: Urban Priol „Tilt“) Wie passt das zusammen? Sind da evtl. Spendengelder geflossen? Übrigens: Enpal bietet nicht nur Wärmepumpen an, sondern gehört auch zu den gro-

taik-Anlage anfangen, hatten wir auch Kontakt zu Enpal. Unsere Erfahrung: Unzuverlässigkeit, Lügen am Telefon und... stark überhöhte Preise im Vergleich zu regionalen Anbietern. Diese Erfahrung deckt sich auch mit Einträgen im Internet. Dort findet man „schlechte Erfahrungen“, „Betrug“, „unzureichende Montage“. Die Verbraucherzentrale warnt und fordert auf, Verträge genau zu studieren. Klaus Kuberzig



Reimund Bauer  
Mitglied im  
Bauausschuss

Betroffenen noch höher sein, denn die Berechnungen beruhen auf einer Lärmkartierung aus dem Jahr 2017. In der Zwischenzeit ist das Verkehrsaufkommen weiter gestiegen. Hinzu kommt, dass zwar einige problematische Straßen wie z. B. die Moltkestraße oder die Hamburger Straße im Lärmgutachten aufgeführt worden sind, andere aber nicht, wie z. B. die Feldstraße oder die Königstraße. Es ist also davon auszugehen, dass